

# Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

10 Nummern S 150 (Inkl. Postzustellung)  
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr 119471**(LINKSOPPOSITION)**Redaktion und Administration:  
XVI, Kirchetternngasse 19/10, Tel R-30-9-58

Preis 15 Groschen

Dezember 1932

6. Jahrgang, Nr. 117

## Spitzenangebot an SP, Gewerkschaften für Kampfprogramm gegen Faschismus, Bourgeoisie! Gegen die Verleumdungshetze!

Seit Jahren macht die Sozialdemokratie der kapitalistischen Offensive die Mauer. Auch jetzt mitten in der schärfsten Krise. Sie sucht den Kampf der Arbeiter gegen den Lohnabbau zu verhindern, wo es nicht gelingt, «stellt sie sich an die Spitze», verhindert die Ausdehnung der Kampffront, isoliert die kämpfenden Arbeiter. Sie sucht den Kampf der Arbeitslosen zu verhindern durch «Erfolge» à la 28. Novelle, durch Notopfer der «Allgemeinheit», Notopfer, die sich die Arbeiter und Arbeitslosen in Form der Warenumsatzsteuer selbst zahlen müssen. Die Massen beginnen das Spiel der Pharisäer zu durchblicken. Darum sucht die Sozialdemokratie durch eine Verleumdungshetze sondergleichen den Groll der Massen abzulenken — auf die Kommunisten.

Bei allen ernstesten Kämpfen gegen die Faschisten sind die Kommunisten an der Spitze. Die Gefängnisse bezeugen es. Die zahllosen Opfer, die die Kommunisten mit ihrem Blut, mit ihrem Leben im Kampf gegen den Faschismus erbracht, bezeugen es.

Wieso kommt es, daß die Sozialdemokratie den giftigen Schein einer Koalition mit den Nazis auf die kommunistische Partei werfen; wieso kommt es, daß die Sozialdemokratie vor den breiten Massen der Arbeiterschaft die Kommunisten des Bundes mit den Faschisten verleumdete; wieso kommt es, daß sie gegen die Kommunisten, die mutigsten Bekämpfer des Faschismus, diese Hetze sondergleichen in den Arbeitermassen entfachten, mit Erfolg entfachten kann?

An dem Reichsarbeitslosenkongreß nahmen teil 112 Kommunisten, 55 Parteilose, 36 Sozialdemokraten, 10 Nazis. Am 13. September berichtete die «R. F.»: «Der Kongreß beschloß, daß Naziarbeiter, die in das Arbeitslosenkomitee aufgenommen werden wollen, eine Erklärung abgeben müssen.» Es war schon damals außerordentlich auffallend, daß die Stalin-Bureaukraten unterließen, den Wortlaut dieser so wichtigen Erklärung zu veröffentlichen. Gleich darauf begann die wütende Verleumdungshetze gegen die KP. Die einfachste Antwort wäre gewesen, jene Erklärung der gesamten Arbeiterschaft zur Kenntnis zu bringen. Trotzdem hat das die Stalin-Bureaukratie bis heute unterlassen. Das macht die Sache noch auffallender. Wir fordern vor der gesamten Arbeiterschaft Oesterreichs, im Interesse der Kommunistischen Partei, daß die Stalin-Bureaukratie jene Erklärung sofort veröffentlicht, die tatsächlich am Reichsarbeitslosenkongreß von den Naziarbeitern verlangt worden ist, und zwar in ihrem vollen und wahren Wortlaut!

Es ist die Stalin-Bureaukratie, es ist der Stalinismus, der der Sozialdemokratie diese unbezahlbare Möglichkeit, die Partei vor den Massen mit Erfolg zu verleumden, verschafft hat!

Wer zwingt der KP die grundfalsche

Theorie auf des Sozialfaschismus? Die Stalinbureaukratie!

Wer zwingt der KP die grundfalsche Lehre auf, die Sozialdemokratie sei der Hauptfeind? Die Stalin-Bureaukratie! Der ganze Reichsarbeitslosenkongreß wurde von der Stalin-Bureaukratie auf dieser grundfalschen Linie geführt. Der Stalinische Referent richtete den Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie, erst ganz hinten, an zweiter Stelle, kam auch der Angriff gegen den Faschismus.

Sollen wir die Arbeiter den Nazis überlassen, fragen die Stalin-Beamten zu ihrer Verteidigung? Gewiß nicht!

Aber sollen wir das tun, daß wir ein paar Nazis gewinnen, dafür aber der SP die von ihr gewünschte Möglichkeit geben, die tausendfache, zehntausendfache Masse der sozialdemokratischen Arbeiter von der KP zu enternen? — Das tut der Stalinismus!

Oder sollen wir das so machen, daß wir der SP diese Möglichkeit nicht nur nicht geben, sondern umgekehrt vor allem die Einheitsfront mit der Riesenmasse der sozialdemokratischen Arbeiter herstellen und gerade dadurch zwei Wirkungen erzielen: erstens die Millionenmasse der sozialdemokratischen Arbeiter durch ihre Erfahrungen im Kampf der Einheitsfront von der reformistischen Politik, von der reformistischen Führung lösen, auf die Linie der revolutionären Politik, unter die Führung der KP überleiten; zweitens durch die Anziehungskraft der millionenstarken proletarischen Kampfeinheitsfront die Hoffnung jener Arbeiterelemente neu beleben, die sich in ihrer Verzweiflung dem Faschismus an den Hals geworfen und sie so wieder in die proletarische Einheitsfront einreihen? — Das verlangt der Leninismus. Darum kämpft die Linksopposition!

Vor der Frage des richtigen Verhältnisses zu den Naziarbeitern steht die Frage des richtigen Verhältnisses zu den sozialdemokratischen Arbeitermassen. Noch genauer: Diese Frage begreift jene Frage in sich. Die Kommunistische Partei richtig zu den Naziarbeitern einzustellen, das heißt die Kommunistische Partei die richtige Linie betreten zu lassen zur Herstellung der Kampfeinheitsfront mit den Millionenmassen der sozialdemokratischen Arbeiter. Die richtige Linie, das ist die leninische Linie, das ist unter den heutigen Bedingungen die Linie der kombinierten Einheitsfronttaktik von unten und oben.

Mobilisiert die sozialdemokratischen Arbeitermassen für ein konkretes, vom Stand-

punkt des einfachen sozialdemokratischen Arbeiters annehmbares, konkretes Aktionsprogramm —

Mobilisiert die sozialdemokratischen Arbeitermassen auf Basis dieses Aktionsprogrammes für die Einheitsfront von SP, KP, Gewerkschaften —

Mobilisiert den Massendruck der sozialdemokratischen Arbeitermillionen, um die Spitzen der SP und der sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften zur Kampfeinheitsfront für dieses Aktionsprogramm zu zwingen. —

Gestützt auf diesen Massendruck, richtet öffentlich vor der ganzen Arbeiterschaft an die sozialdemokratischen Spitzen von SP

und Gewerkschaften das Angebot der Kampfeinheitsfront für das von den Massen gebilligte Kampfprogramm, gegen Hunger und Not, gegen Lohnabbau und Arbeitslosigkeit, gegen Faschismus und Bourgeoisie — dann werdet Ihr Sozialdemokratie und Gewerkschaften — bei Strafe des sofortigen Umschwenkens größter Teile der Arbeiterschaft unter Führung der Kommunistischen Partei — in die Kampfeinheitsfront zwingen und durch die kämpfende Einheitsfront den Faschismus schlagen, die sozialdemokratischen Arbeitermassen, die Naziarbeiter, die Führung der Gesamtarbeiterschaft gewinnen!

## Grünbacher Streik

Die Löhne der Grünbacher Bergarbeiter sind in den letzten Jahren um mehr als 50 Prozent gesenkt worden, ihre Arbeitsleistung aber wurde verdoppelt. 5 bis 6 S bekommt der Grünbacher Kumpel für seine gefährliche, überaus anstrengende Arbeit und davon soll er noch eine Familie erhalten! Begreiflich, daß die Bergbarone Milliarden verdienen. Die Bergsklaven haben sich aufgerafft und kämpfen um 10prozentige Erhöhung ihrer Sklavenlöhne. Die RGO hat den Streik ausgelöst, die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften waren gegen den Streik. Als von den 1000 Kumpeln 880 für den Kampf stimmten, da freilich hat sich die sozialdemokratische Gewerkschaftsbureaukratie flink «an die Spitze gestellt», um den Kampf zu führen, wie er der auf das Bündnis mit der Bourgeoisie eingestellten sozialdemokratischen Gesamtpolitik entspricht. Vor allem sucht die SP die Ausdehnung des Streiks auf andere Bergwerke, auf andere Betriebe zu verhindern, vor allem

## Kapitalistische Weihnachtsbescherung

20.000 Arbeiter hat die Bourgeoisie vor Weihnachten aufs Pflaster geworfen. Als Neujahrsgeschenk will sie im Jänner 40.000 Arbeiter entlassen. 1000 Eisenbahn-Hilfsarbeiter sollen am 1. Jänner, etwas später sollen 1000 niederösterreichische Lehrer und Lehrerinnen gekündigt werden. In allen Betrieben drücken die kapitalistischen Ausbeuter die Hungerlöhne immer tiefer. Die beschäftigten Arbeiter hungern, die Arbeitslosen verhungern, die Ausgesteuerten krepieren.

Das sind die Weihnachten, die die Bourgeoisie dem Proletariat beschert. Der Wohl-tätigkeitsschwindel soll darüber täuschen. Sie werfen ein paar Groschen und alte Fetzen hin aus den Milliarden, die sie aus den Arbeitern gesunden, geplündert, geraubt haben. Als Separatgeschenk kündigen sie die Wiedereinführung der allgemeinen kapitalistischen Wehrpflicht an . . .

Mit kapitalistischer Staatsmacht und Faschismus halten sie die durch die Not aufgepeitschten Massen nieder und — mit Hilfe der Bourgeoisie — die Arbeiterklasse preisgibt.

Das Proletariat hat nur eine Waffe, sich zu helfen: den Kampf. Doch solange die Arbeiter ihren Kampf führen lassen von einer Partei, die mit den Kapitalisten zusammenarbeitet, von einer Verratspartei, von der Sozialdemokratie, solange wird der Faschismus, wird die kapitalistische Offensive marschieren.

Schafft die Führung für den Arbeiterkampf, gesundet die Kommunistische Partei, so werdet Ihr euch helfen, so werdet Ihr sie alle besiegen, den Faschismus, die Sozialdemokratie, die Bourgeoisie!

sucht sie die Grünbacher Kämpfer zu isolieren. Um das möglichst zu maskieren, mobilisiert sie Sammlungen. Lebensmittel, Geld für die Streikenden sind so notwendig, wie der Zuschub von Nahrung und Munition für Kampftruppen, doch ausschlaggebend für den Sieg ist es, weitere Kampftruppen in den Kampf zu führen, die Front des Kampfes zu verbreitern! Gerade das sucht die Sozialdemokratie, suchen die von ihr geführten Gewerkschaften, zu hinter-treiben, gerade das zu erreichen, strengt sich die RGO mit äußerster Kraft an.

Die SP wollte keinen Kampf, Nun, da er trotz ihrer Sabotage ausgebrochen ist, will sie ihn dorthin bringen, wo es die sozialdemokratische Politik braucht: zu einem, vor allem der Bourgeoisie genehmen Ende. Darum will die SP, wollen die von ihr geleiteten Gewerkschaften nicht die Kampfeinheitsfront, darum wollen sie keine von der Belegschaft gewählte Kampfeinheitsfront. Die RGO will mit Recht beides: die Kampfeinheitsfront und eine von der Belegschaft gewählte Streikleitung.

Die Zielsetzung der RGO ist richtig, doch die Taktik, die sie im Kampf für diese Ziele anwendet, ist grundfalsch.

Im Grünbacher Betriebsrat sind 7 Reformisten, 5 RGO-Leute, 1 Nazi. Von der rund 1000 Mann zählenden Belegschaft sind 160 gewerkschaftlich organisiert, davon ein

## Unterstützt die Aktion der Kommunistischen Partei Oesterreichs für die Arbeitslosen!

kleiner Teil Kommunisten, ROO-Leute. Das Kräfteverhältnis zwischen sozialdemokratischer Gewerkschaftsbürokratie und RGO ist also günstig und wäre noch viel günstiger, wenn die RGO auf der leninischen Linie arbeitend, alle Kommunisten, alle ROO-Leute in die Gewerkschaft übergeleitet und dort zu einer innergewerkschaftlichen Opposition vereinigt hätte. Bei diesem Kräfteverhältnis, von innen arbeitend, die noch außerhalb der Gewerkschaft stehenden Bergarbeiter in die Gewerkschaft ziehend, deren Druck ausnützend, wäre die RGO gerade in Grünbach imstande die Wahl der Streikleitung durch die Belegschaft zu erzwingen. Diesen leninischen Weg lehnt die stalinische RGO-Linie ab. Anstatt den revolutionären Teil der Belegschaft fest zu verbinden mit den noch den Reformisten folgenden Arbeitern, trennt der Stalinismus die revolutionären Arbeiter ab, isoliert sie von den sozialdemokratischen Arbeitern und läßt damit den reformistischen Bürokraten in der Gewerkschaft freie Hand. Die stalinische RGO-Linie, letzten Endes hinauslaufend auf die Gründung eigener, selbständiger «rotter» Gewerkschaften, erschwert so den sozialdemokratischen Arbeitern, aber auch vielen Parteilosen, die verräterische Politik der reformistischen Bürokratie zu durchblicken, erleichtert es dieser mit dem Spaltungsargument vor die Arbeiter zu treten und als Spalter hinzustellen — die Kommunisten, die ROO.

In Wirklichkeit sind die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten die Spalter. Es genügt nicht, daß die Einsicht von der verräterischen Rolle der reformistischen Bürokratie die ROO-Anhänger haben. Es ist gerade die Aufgabe der RGO durch richtige Taktik die Masse der Arbeiter zu dieser Einsicht zu führen. Das aber ist nur möglich auf der leninischen Gewerkschaftslehre.

Die SP will die Kampfeinheitstaktik nicht, sie will die Koalition mit der Bourgeoisie. Ihre Taktik ist darauf eingerichtet, all dies vor den Arbeitern zu verhüllen. Dagegen die KP. Die RGO will die Kampfeinheitstaktik, weil sie nicht die Koalition mit der Bourgeoisie will, sondern den Sieg über die Bourgeoisie. Darum muß die KP, muß die RGO auf einer taktischen Linie operieren, die nicht nur den sozialdemokratischen Plan durchkreuzt, die Schuld an der Spaltung der kämpfenden Arbeiter den Kommunisten in die Schuhe zu schieben, sondern auch die Spaltung durch die SP verhindert, die Kampfeinheitstaktik wirklich herstellt. Die Taktik der RGO darf daher nicht die Gründung von Gegengewerkschaften zum strategischen Ziele haben, sondern gerade im Gegenteil: gegen die spalterische sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie muß die RGO dastehen vor der gesamten Arbeiterschaft als die Vorkämpferin der Gewerkschaftseinheit und muß von innen heraus durch richtige Arbeit in den Gewerkschaften, mit Hilfe der von außen in den Massen richtig operierenden KP, die gewerkschaftliche Kampfeinheitstaktik erzwingen.

Die RGO hat im Grünbacher Kampf richtige Ziele, aber ihre grundsätzliche, nämlich stalinische Taktik, arbeitet der Wirkung nach dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsverrat in die Hände. In der besten Absicht, den Bergarbeitern zu nützen, schadet so durch ihre stalinische Taktik die RGO dem Kampf der Bergarbeiter, der RGO, der KP, der proletarisch-revolutionären Sache. Die Nutznießer sind die Reformisten und die Bergbarone.

60 Nazis innerhalb der Belegschaft versuchen jetzt schon den kämpfenden Bergarbeitern in den Rücken zu fallen. Das wäre an sich keine ernste Gefahr, wenn die restlichen 1000 Bergarbeiter in einer Kampflinie stünden. Aber auch diese 1000 Kampfkämpfer trennt: hier 300 RGO-Leute, dort 700 unter reformistischer Führung. Die Tatsache dieser dreifach gespaltenen Front ist den Bergbaronen nicht unbekannt. Darum geben die Bergbarone nicht nach, darum ziehen sie den Kampf in die Länge. Darum auch die «Geduld» der reformistischen Führer; sie wissen, wie sich diese dreifache Spaltung der Bergarbeiter auswirkt, sie wissen, daß die dreifache Spaltung bei genügender reformistischer «Geduld» dorthin führt, wohin die SP es will: zu einem vor allem der Bourgeoisie genehmen Ergebnis. Auf diesen Ausgang arbeiten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten und die SP hin. Jetzt werden sie sich vergnügen die Hände

über die stalinische Taktik der RGO, die ihnen das unbezahlbare Argument liefert, die Schuld an dem durch die sozialdemokratische Verratspolitik herbeigeführten Ausgang im Bewußtsein der großen Masse der Bergarbeiter und der Gesamtarbeiter schieben zu können — auf die RGO, auf die Kommunisten.

Noch immer ist es Zeit, trotz alledem: Schluß mit der stalinischen Taktik, Schluß mit der auf die Gründung von Gegen-

gewerkschaften ausgehenden stalinischen RGO-Linie! Hinein in die Freien Gewerkschaften und als Innergewerkschaftliche Opposition von innen heraus erzwingen: die Wahl der Kampfeinheitstaktik durch die Belegschaft, die Kampfeinheitstaktik der Grünbacher Bergarbeiter, die Ausdehnung des Kampfes auf die anderen Bergwerke und auf die Betriebe der angrenzenden Bezirke, Mobilisierung der Arbeitslosen zur Kampfeinheitstaktik mit den Streikenden!

## Neue Töne — Alte Leier

Die Krise geht weiter. «Seidem ich die sozialen Verhältnisse in diesem Lande kenne, war die Erregung der breiten Massen und die Übung in den Arbeitslosenmassen noch nie so groß, wie in dieser Zeit», sagte Otto Bauer seinen kapitalistischen Herren und er hat recht.

Aber nicht nur die Krise geht weiter. Auch die Politik geht weiter, die die Massen hindert, gegen dieses Elend mit Erfolg zu kämpfen, die sozialdemokratische, das heißt die Koalitionspolitik. All die radikalen Phrasen am SP-Parteitag, all die Artikel, in denen entrüstet jeder Gedanke an Koalition zurückgewiesen wurde, dürfen keinen Arbeiter täuschen.

Womit will die SP den Arbeitern helfen? Sie fordert das «Abgehen vom rein agrarischen Kurs». Sie fordert eine Politik, die auch die Interessen der Fertigungsindustrie, das heißt der Finanzindustriekapitalisten berücksichtigt und schwindelt den Arbeitern vor, ihnen würde damit geholfen. «An der Lebensmöglichkeit der Industrie haben die industriellen Unternehmer und die industriellen Arbeiter und Angestellten ein gemeinsames Interesse... Darum könnten trotz der Klassegegensätze Unternehmer und Arbeiter zu s a m m e n w i r k e n, um den einseitigen agrarischen Kurs zu Fall zu bringen.» («A.-Z.» 16. Dezember.)

Haben Unternehmer und Arbeiter wirklich gemeinsame Interessen? Der Unternehmer will Profit; er wagt die Löhne, empfindet die Arbeitslosigkeit, um erfolgreich zu sein, er will einen möglichst hohen Profit zu erzielen. Die Arbeiter aber wollen Lohn, möglichst hohen Lohn, bessere Arbeitsbedingungen, sie wollen nicht entlassen werden; sie wollen eine Industrie, eine Wirtschaft, nicht zum Profit für den Unternehmer, sondern zur Befriedigung des Bedarfs aller derer, die wirklich arbeiten. Das alles ist den Interessen der Unternehmer, auch der Fertigungsfabrikanten, vollkommen entgegengesetzt. Es gibt kein einziges Interesse, sei es noch so klein, das Unternehmer und Arbeiter gemeinsam hätten. Den Arbeitern einreden, daß es ein gemeinsames Interesse der Arbeiter und Unternehmer an der kapitalistischen Industrie gebe, ist Schwindel, Betrug, Verrat an der Arbeiterklasse, ist mit einem Wort — sozialdemokratisch.

Warum macht das die SP? Ihre Grundlinie ist und bleibt die Koalition, das Bündnis, die Zusammenarbeit, das Zusammenwirken mit der Bourgeoisie. Das demokratische Kleinbürgertum, das sein politisches Instrument in der SP besitzt, macht den Kapitalisten der Fertigungsindustrie durch die «A.-Z.» (16. Dezember) folgendes Angebot: Dollfuß begünstigt die Großgrundbesitzer und die Schwerindustriellen zu eurem Nachteil. Wir, das demokratische Kleinbürgertum, sind bereit, die Arbeiter, die uns folgen, zu euren Gunsten in die Waagschale zu werfen, wenn ihr mit uns zusammenwirkt, wobei gewisse Vorteile auch für uns demokratische Kleinbürger herauszuschauen müssen und einige Knochen für die Arbeiter. Damit wir den Arbeitern einreden können, daß diese Politik, die in Wirklichkeit euch Kapitalisten und uns demokratischen Kleinbürger nützt, im Interesse der Arbeiter gemacht werde.

Die Koalition mit einem Teil der Bourgeoisie, am liebsten mit der ganzen Bourgeoisie, ist der Grundgedanke der Sozialdemokratie. Darum hat sie Rothschild saniert auf Kosten der Massen! Darum hat sie der 28. Novelle zugestimmt! Darum «verlangen wir, daß dieser ungeheure Betrag (nämlich die aus den Taschen der Arbeiter gestohlenen 700 Millionen-Schilling, die die Rothschild-Sanierung kostete,

um den die Credit-Anstalt durch das Eingreifen des Staates entlastet wurde, benützt wird zur Entlastung der Industrie (hier: der Industriekapitalisten), die der Credit-Anstalt verschuldet ist» (Bauer in der Budgetberatung 4. Dezember).

Die SP will die Koalition, das ist ihr Um und Auf. Die kapitalistischen Herren verlangen weitere Lohnsenkungen, weitere Aussteuerungen, weitere Erhöhung der Massensteuern, weitere Verelendung

## Lehren des Färberstreiks

Der mehrere Monate dauernde Kampf der Färberarbeiter hat mit einer Niederlage geendet. Die Streikbrecher blieben in den Betrieben, die 781 Arbeiter, die heldenmütig gekämpft haben, wurden endgültig entlassen, sind arbeitslos. Die Niederlage ist so groß, daß sie sogar von den reformistischen Gewerkschaftsführern und der Arbeiterzeitung, die sonst sehr gerne Niederlagen in Siege umzulen, zugegeben werden muß. Als Ursache der Niederlage gibt die «A.-Z.» vom 16. Dezember an: «Streikbruch und Staatsgewalt haben zusammengewirkt, um den Arbeitern eine Schlappzunge zu geben... Die eigentliche Lehre des Kampfes ist, daß gewerkschaftliches Denken und gewerkschaftliches Handeln noch zu wenig verbreitet und zu wenig tief verankert ist.»

Hätten die Gewerkschaften, hätte die SP die Massen mobilisiert gegen den Streikbruch, die Streikbrecher hätten es sich überlegt, den Streikenden in den Rücken zu fallen, und der Plan all derer, die die Streikbrecher schützten, wäre durchkreuzt worden.

Die Arbeiter dürfen sich auch die sozialdemokratischen Kredoströmen über die Polizei nicht täuschen lassen. Diese Polizei vertritt die Arbeiterschaft der Sozialdemokratie, die 1918/20 den kapitalistischen Staatsapparat unangestastet ließ, und zwar insbesondere die Polizei.

Die SP wägt die Schuld auf die Arbeiter ab. Würden die Gewerkschaften nicht immer versagen, würden sie wirklich kämpfen, dann würden die Arbeiter durch die Tat gewerkschaftlich erzogen werden. Die SP redet sich aus auf die gewerkschaftliche «Lamtheit» der Arbeiter, diese «Lamtheit», die die SP selbst hervorruft, indem sie mit ihrer Politik die Arbeiterschaft lähmt.

der Werktätigen — die sozialdemokratischen Lakaien sind bereit, auf Kosten der Arbeitermassen jeden Preis zu zahlen, sie verlangen nur die paar Knochen, um die Arbeiter über die sozialdemokratische Verratspolitik zu täuschen und sie trotz des Verrates hinter dem demokratischen Kleinbürgertum halten zu können.

Sozialdemokratische Politik, Koalitionspolitik, ist Not, Elend, Niederlage für die Arbeiter. Die Sozialdemokratie, diese Partei des demokratischen Kleinbürgertums, ist mit ehernen Fesseln an diese Politik geschmiedet. Hoffen, daß sie sich ändern werde, ist Utopie, ist vollständiges Verkennen des Klassencharakters der sozialdemokratischen Partei. Abkehr von der Koalitionspolitik muß für die Arbeiter bedeuten Abkehr von der Sozialdemokratie. Nicht zusammenarbeiten mit den Kapitalisten, sondern Klassenkampf gegen sie und ihren bürgerlichen Staat, nicht Sozialdemokratie, sondern Kommunistische Partei heißt die Hauptlösung für die Arbeiter, gesunde Kommunistische Partei mit der Politik Marx-Leninist!

Die sozialdemokratische Politik von 1918/20 bis heute, bis zum Färberstreik, ist eine einzige Linie des Verrates an den Arbeiterinteressen, maskiert durch Gerumle über Tatsachen, die die SP, zusammenwirkend mit der Bourgeoisie, geschaffen hat gegen die Arbeiter. Die Sozialdemokratie, die diesen Staat, diesen Markt, diese Unternehmer unangestastet ließ, konnte den Kampf der Färberarbeiter erfolgreich führen nur bei vollem, grundsätzlichem Bruch mit der sozialdemokratischen Politik. Daran denkt die SP nicht einmal im Traum. Die Arbeiter dürfen den Kampf in den Färbereien nicht isoliert, sondern müssen ihn im Zusammenhang mit der Gesamtpolitik der SP betreiben. Die Arbeiter können ihren Kampf, selbst den kleinsten Tageskampf, auf die Dauer nur dann erfolgreich führen, wenn sie nicht nur die einzelnen «Fehler», sondern die gesamte Politik der Sozialdemokratie ablehnen und übergehen zur proletarisch-revolutionären, das ist zur kommunistischen Politik.

Daß der Großteil der Arbeiter das noch nicht sehen, daran ist schuld der Stalinismus, der die Kommunistischen Parteien lähmt. Auch im Färberarbeiterstreik! Die Stalinken-Behörden selbst sagen in der «Roten Fahne» (17. Dezember) «daran, daß die Reformisten die streikenden Färber verraten konnten, ist schuld die Schwäche der RGO». Richtig verstanden ist das nur die allgemeine «Schwäche», das heißt Schuld des Stalinismus.

So zeigt auch der Färberstreik, daß der Uebergang der KP zur leninischen Gewerkschaftslehre, daß überhaupt die Gesundung der KP für jeden proletarischen Kampf unumgänglich notwendig, ein wahres gesamtproletarisches Interesse ist.

## Zum Arbeitslosenkongreß

Mit größerer Aufmachung als sonst wurde heuer die Arbeitslosenkampagne von der Partei eingeleitet. In verschiedenen Bezirken wurden ganz gute Aktionen durchgeführt. In der Provinz scheint die Bewegung besser geführt zu sein, da die Aktionen von wirklichen Komitees geleitet werden, was in Wien noch nicht zutrifft. Es werden gelegentlich bei Versammlung angeblich schon bestehende Komitees durch 50 oder mehr Beiräte erweitert. Nach kurzer Zeit aber stellte sich immer heraus, daß überhaupt niemand vorhanden war, um nur mit der Organisation zu beginnen. Aus diesem Zustand heraus ergab sich auch, daß man wenige Wochen vor dem Reichskongreß einen dringlichen Aufruf in der «Roten Fahne» veröffentlichte, mit dem Hinweis, möglichst rasch Komitees zu gründen, um Delegierte entsenden zu können. Nach der «Roten Fahne» waren 300 Delegierte, überwiegend Sozialdemokraten und Parteilose, anwesend. Tatsächlich waren von den angeblich Delegierten 36 Sozialdemokraten, 112 Kommunisten, 55 Parteilose und 10 Nazi. Mit Ausnahme einiger Genossen von der Provinz waren alle anderen fälschlich als Delegierte bezeichnet, was den Kongreß von vornherein geschwächt hat.

Ein derartiger Zustand wäre noch zu entschuldigen, wenn die breite Masse der Arbeiterschaft den Lösungen der Kommunistischen Partei noch so ablehnend gegenüberstehen würde, wie es durch die Jahre her der Fall war. Schon im letzten Winter zeigte sich in dieser Beziehung eine radikale Änderung. Durch die Initiative einiger Genossen konnten gute Aktionen ausgelöst

werden. Wir erinnern an die Tätigkeit der Selbstschutzformationen im Winter 1929/30. Mit wenig Kräften, aber durch unermüdete Arbeit hatte sich eine mächtige Arbeitslosensbewegung entfaltet. Fast bei sämtlichen Vermittlungen bestanden aktive Arbeitslosenkomitees. Doch die ganze Bewegung wurde von der Stalinistischen Parteiführung zerschlagen. Im Winter 1930/31 war die Partei überhaupt nicht imstande, die geringste Tätigkeit bei den Arbeitslosen zu organisieren. Das ZK redete sich auf die Mitglieder aus, daß diese die Direktiven nicht befolgen. In Wirklichkeit war es so, daß die vorhandenen Kräfte durch die Stalinistische Taktik der Partei die Lust verloren hatten, sich zu opfern, nur damit das ZK wieder alles zerschlage. Diese Genossen hielten die Parteiführung für unfähig und stellten die Kunststücke des ZK als bloße Fehler hin, welche die Kopelnig und Co. oben in ihrer Dummheit machten. Ein noch ärgeres Versagen zeigte sich im letzten Winter, 1931/32. Man hatte einen Kongreß abgehalten, ohne ein einziges Komitee zu haben. Man hatte von Newerkl die Aktion der Auslösung der Winterkleider übernommen. Es war ein Leichtes, tausende Arbeitslose mit Oesuchen ins Rathaus zu schicken. Als die Gemeinde Wien die Aktion einstellte, wäre es nicht allzu schwer gewesen, das Rathaus durch Massendruck zu zwingen, weiter auszulösen. Es stellte sich aber heraus, daß kein einziges aktionsfähiges Bezirkskomitee, ausgenommen das Währinger, bestand, und daß auch auf den Vermittlungen nichts vorhanden war. Das Bezirksarbeitslosenkomitee Währing verlangte von der Partei die Mobilisierung der Parteizellen zu den Fürsorgeaktionen. Das ZK gab einfach keine diesbezüglichen Di-

# Zeichnet PRESSFOND!

rekliven heraus und bezeichnete die Wähler Genossen, welche dem ZK deshalb Sabotage vorwarfen, als Trotzkisten. Die Aktionen des Währinger Bezirkskomitees wurden von der Partei für die Wahlkampagne weidlich ausgenutzt, das hinderte aber die Stadtleitung nicht, das Komitee noch vor der Wahl — zu zer schlagen. Heuer nun macht die Stadtleitung das, was diese Genossen voriges Jahr verlangt hatten. In Ermanglung von Komitees muß der Parteiapparat einspringen. Es wäre heuer nicht mehr notwendig, die Pütsorgeaktionen auf diese Weise anzukurbeln, hätte man schon voriges Jahr damit begonnen.

Not und Elend sind so ungeheuer gestiegen, daß auch qualifizierte Arbeiter, Professionisten, zu Tausenden gezwungen sind, auf den Straßen zu singen, um nicht zu verhungern. Es ist heute der Partei wesentlich leichter, an die Massen heranzukommen. Doch wie wenig werden diese großen Möglichkeiten ausgenutzt durch die Schuld des Stalinismus! Den wirklichen Zustand der Partei beleuchtet kraß folgender Vorfall: Dienstag, den 6. Dezember, ging eine Deputation vom ZAK ins Rathaus, um sich die Antwort auf die Forderungen der Arbeitslosen zu holen. Darüber schreibt die «Rote Fahne» am 7. Dezember:

### Eine Kampfansage

In überaus provokatorischer Weise erklärte gestern der Oberkommissar Bogdanowitsch, daß er das Sprachrohr Tandlers sei und daß er mit dem ZAK überhaupt nicht mehr verhandle.

Höhnisch meinte er, entweder habe das ZAK Massen hinter sich, dann werde es in der Lage sein, seine Forderungen durchzusetzen und sie der Gemeinde aufzuzwingen, oder aber es sei nicht der Fall, dann habe das Komitee keine Existenzberechtigung und verhandelt im Rathaus unbefugt.

Es wäre zu wünschen, daß jeder sozialdemokratische Funktionär so offen den wahren Charakter der sogenannten sozialistischen Gemeindeverwaltung zugibt, nämlich, daß auch diese durch Massendruck gezwungen werden muß, den Arbeitern ihr Recht zu geben, wie jede andere kapitalistische Institution.

Es ist beschämend für uns Kommunisten und unsere Partei, daß ein sozialdemokratischer Bürokrat angesichts dieser ungeheuren Not uns mit der wahren Tatsache hohnen kann, daß die Massen nicht hinter uns stehen! Was haben im Laufe der Jahre die Kommunisten an Anstrengungen und Opfern geleistet, allein diese ganze Riesearbeit wurde verpufft. Jahraus, jahrein mußte sie immer wieder von neuem begonnen werden. Das Stalin-ZK erwies sich außerstande, Positionen zu schaffen, dauernde Stützpunkte auszubauen, mehr noch: es hat jahraus, jahrein die Ergebnisse der Kampfarbeit der Kommunisten immer wieder zer schlagen. Das ist kein Zufall: es ist vielmehr die zwangsläufige Auswirkung des Stalin-Kurses. Dauernde Stützpunkte sind gut, gut für den Kampf der Arbeitslosen, gut für den Kampf der Partei — doch dauernde Stützpunkte, das heißt erfahrene Genossen, erfahrene Genossen sind unvereinbar mit den Interessen der Stalin-Bürokratie. So zeigen auch die Erfahrungen des jahrelangen Arbeitslosenkampfes, daß die Liquidierung des Stalinismus, daß der Übergang zur Leninistischen Taktik Notwendigkeit ist für die Partei und für die Arbeitslosen.

Einige kommunistische Arbeitslose.

## Auf jedem Stadtbahnperron

kannst du die «Arbeiter-Stimme» kaufen. Ferner an folgenden Stellen: Auszustellungsstelle Thalstraße 42 (Haustor); Zeitungstand Straßbahnhalteteile Marienhäuser Gürtel—Ecke Marienhäuserstraße; Zeitungstand Burgring—Ecke Belaria.

# Schleicher und Hitler

Die NSDAP hat einen Teil Ihrer Massengelingschaft verloren. Die KPD hat an Masseneinfluß gewonnen. In dieser Richtung geht die Umgruppierung der Massen weiter. Das Gleichgewicht zwischen faschistischen Kleinbürgertum und Proletariat besteht nicht mehr. Damit ist die Grundlage geschwunden, auf der sich Papens bonapartistischer Kurs bewegte.

Will Schleicher das Gleichgewicht zwischen NSDAP und Proletariat wieder herstellen? Er will es nicht, weil er und auch ein anderer es nicht könnte. Schleicher ist nicht mehr Bonapartismus, sondern der Übergang vom Bonapartismus zur faschistischen Diktatur. Nicht um das Gleichgewicht zwischen faschistischem Kleinbürgertum und Arbeiterklasse geht es dem Schleicherkurs, sondern darum, das Übergewicht der Bourgeoisie zu konzentrieren, die proletarische Kampfkraft zu zerschmettern, die Krise auf Kosten der Arbeiter zu überwinden, die kapitalistische Herrschaft und Wirtschaft für die Dauer zu stabilisieren, und ihr zuguterletzt die höhenzöllnerische Pickelhaube wieder auf den Kopf zu setzen.

Der Faschismus entsteht als die — infolge des sozialdemokratischen Massenverrats — gegen die Arbeiterklasse gerichtete Selbstbewegung der durch den Kapitalismus ruinierten Mittelschichten in Stadt und Dorf. Allein, so wenig das demokratische Kleinbürgertum, die Sozialdemokratie, genau so wenig kann das faschistische Kleinbürgertum, die NSDAP, eine selbständige Machtrolle spielen. Beide sind nichts anderes und können nichts anderes sein als Lakelen der Kapitalistenklasse, die sozialdemokratischen Pharäusier und die faschistischen Bluthunde. Aus ihrer kleinbürgerlichen Klassenlage heraus mußte die nationalsozialistische Bewegung zwangsläufig in die Hände der Bourgeoisie geraten. Den Traum der selbständigen kleinbürgerlichen Machtrolle hat Hitler schon seit langen Jahren ausgeträumt. Hitler ist der bewußte Landknecht der Kapitalistenklasse.

Der Kampf zwischen Schleicher und Hitler ist nicht ein Kampf zwischen Großbürgertum und Kleinbürgertum, sondern ist ein Kampf innerhalb der Bourgeoisie um die der gegebenen Lage entsprechende beste Taktik. Es versteht sich, daß sie dabei nur Exponenten sind verschiedener Schichten der Bourgeoisie.

Das strategische Ziel beider ist vollkommen gleich: beide wollen die kapitalistische Liquidierung der Krise; beide wissen, daß das nur geht durch die faschistische Diktatur, beide wollen die faschistische Diktatur; beide wollen deren schließliche Krönung durch die Restauration der Hohenzollern. Es geht zwischen Schleicher und Hitler nur um die kapitalistische Taktik, wie all das am besten zu verwirklichen.

Schleicher will Zeit gewinnen. Die Wende in der Weltkonjunktur ist selbst für Amerika im günstigsten Fall vor Monaten nicht zu erwarten. Die Krise geht zunächst weiter, insbesondere in Deutschland. Aber selbst ohne Anteile der allgemeinen Krisenkurve muß das bloße Weitergehen der Krise die Klassengegensätze aufs äußerste zuspitzen durch die saisonmäßige Verschärfung der Krise, die erfahrungsgemäß im Jänner und Februar am stärksten ist und dadurch, daß die Krise im vierten Jahr auf die Massen mit verzehnfachter Wucht wirkt. Ein vom Standpunkt der Bourgeoisie voreiliger operativer Eingriff kann Massenergien entladen, die mit dem strategischen Plan der deutschen Bourgeoisie diese selbst zerschmettern könnte. Die entscheidenden, weitblickendsten Teile der Kapitalisten Deutschlands erkennen das und stützen Schleicher.

Zeit gewinnen, heißt jetzt die Massenergien lähmen, zersetzen. Dazu bedarf die Bourgeoisie des sozialdemokratischen Lakelen. Also zieht Schleicher die sozialdemokratischen Oewerkschaftsbureaukraten heran, wobei die sozialdemokratischen Partei-bureaukraten die Funktion haben, das durch vorgeschwindelte Opposition vor den Arbeitern zu maskieren.

Hier, in der Frage des Verhältnisses zur Sozialdemokratie, liegt der taktische Knoten zwischen Hitler und Schleicher. Hitler will keine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie, er will die KP zerschmettern

und die SP. Schleicher will dasselbe, aber richtiger als Hitler weiß er, daß gerade, um das später verwirklichen zu können, jetzt die SP zum Judasdienst am Proletariat herangezogen werden muß.

Schleichers Plan wird scheitern. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbureaukraten sind zum Judasdienst bereit und die sozialdemokratischen Parteibureaukraten sind bereit, das durch gemimte Opposition zu verschleiern. Aber zu groß ist der Groll, der Kampfwillie der Arbeitermasse und ihre Augen sind scharfblickender geworden. Das Hinüberwechseln einer größeren Zahl von sozialdemokratischen Bureaukraten ist möglich, doch Massen werden ihnen heute nicht mehr folgen. Und ohne Massen sind die sozialdemokratischen Judasden den kapitalistischen Banditen keinen Schuß Pulver wert.

Immerhin, Schleicher will Zeit gewinnen, dank der SP, die ihm dazu verhilft, dank der Hilfe, die der SP selbst zuteil wird vom Stalinismus.

Schleicher wird scheitern. Das, was Mussolini nach dem faschistischen Staatsstreich mit d'Arragona gelungen ist, will Schleicher mit Leipart machen vor und ohne faschistischen Staatsstreich. Doch ohne faschistischen Staatsstreich keine faschistische Diktatur und der faschistische Staatsstreich in Deutschland wird kein romantischer Theatermarsch auf Rom sein, sondern blutigster, gigantischer Massenbürgerkrieg, wie die Welt ihn noch nicht gesehen.

Schleicher wird scheitern, die Bourgeoisie muß zur offenen Politik der faschistischen Diktatur übergehen sans phrase, weil es für sie keinen anderen Weg gibt zu einer auch nur halbwegs andauernden Sanierung des Kapitalismus. Schleicher soll versuchen, ob es noch anders geht, bevor das Größte gewagt wird. Schleicher soll vor allem Zeit gewinnen, damit das große

Wagnis, aufs beste vorbereitet, im richtigen Moment gelinge. Schleicher soll die unangenehmliche Konzentration der gesamt-kapitalistischen Kräfte vorbereiten, damit die faschistische Fusion, die Fusion insbesondere von Staatsapparat und faschistischem Apparat sich so vollziehe, wie die Bourgeoisie sie braucht, so daß sie den fusionierten faschistischen Staatsapparat vollständig in der Hand hat, nämlich klassenmäßig.

In diesem Prozeß spielen die Zersetzungserscheinungen in der NSDAP eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle. Begrifflicher Weise legt die SP darauf stärkstes propagandistisches Gewicht, sie täuscht die Arbeiter und sich selbst durch das Hoffen auf die selbständige Zersetzung des Faschismus, durch die Hoffnung, dem unvermeidlichen Entscheidungskampf ausweichen zu können. Trotz allem durchaus ehrlichen Kampfeswille und trotz den vielen unbestreitbaren, mutigen Kampfhandlungen ist auch die KP im Grunde auf die Selbsterzsetzung des Faschismus, auf sein Abwirtschäften eingestellt, also auf Kapitulation, indem sie das sabotiert, was allein zum Siege über den Faschismus führen kann, die leninische Einheitsfronttaktik.

Alles spricht dafür, daß die kommenden Monate den Entscheidungskampf bringen. Die Gefahr für die deutsche Arbeiterklasse, für das Weltproletariat wächst gigantisch. Dies umso mehr, als gerade in diesen Monaten auch die durch den Stalinismus herbeigeführte innerussische Krise ihrer höchsten Zuspitzung entgegengeht. Es steht wahrhaftig alles auf dem Spiel für die deutschen, für die russischen, für die Arbeiter der ganzen Welt.

Nur die entschlossene Wendung vom Stalinischen National«kommunismus» zur leninischen Politik, der internationalen proletarischen Revolution, kann Rettung bringen. In Deutschland Kampfeinheitsfront mit SP und Gewerkschaften, in Rußland leninische Parteidemokratie, leninischer Kurs, das ist die Voraussetzung des Sieges.

# Stalins Einheitsfront mit dem französischen Imperialismus

Die Stalin-Presse wird nicht müde, den Antikriegspakt mit Frankreich als Riesenerfolg in den Himmel zu loben. Und auch die sozialdemokratische und bürgerliche Presse sprechen vom Erfolg der stalinischen Außenpolitik. Wir haben den Erfolg, den Stalin mit dem Antikriegspakt wenigstens im Augenblick für die Stalin-Bürokratie, erzielt hat, nicht bestritten. Wir haben aber bestritten und bestritten auch heute, daß der Antikriegspakt ein proletarisches Erfolg ist. Er enthält z. B. folgende Bestimmung: Frankreich und Rußland verpflichten sich, gegenseitig die Unantastbarkeit ihres Gebietes zu achten, und zwar auch desjenigen Gebietes, welches unter ihrer Souveränität steht. Welches Gebiet ist unter der Souveränität Frankreichs? Nun, Marokko, Alger, Senegambien, Madagaskar, Hinterindien, mit einem Worte: die französischen Kolonien. Durch den Antikriegspakt legt also Stalin der Sowjetmacht, das ist der proletarischen Diktatur, die Verpflichtung auf, die Unantastbarkeit der Kolonien des französischen Imperialismus zu achten. Die unterdrückten Kolonialvölker sind eine Hauptbörse der Weltrevolution.

Dem Stalinismus ist das Bündnis mit dem französischen Imperialismus wichtiger als das Bündnis mit den Massen der von den französischen Räubern unterdrückten, ausgebeuteten Kolonialvölker! Warum? Weil es dem Stalinismus nur zu tun ist, um den «Aufbau in einem Lande», um den nationalrussischen Aufbau, während er auf die internationale proletarische Revolution in Wirklichkeit spielt.

## Sinowjew — verbann!

Neue Verbannungswelle

Stalin hat den schwerkranken Sinowjew nach Kustanay (Kasakstan) verbann, um ihn dort gesundheitlich zugrunde zu richten. So sucht Stalin auch diesen Mitarbeiter Lenins, der es wahrlich nicht an Nachgiebigkeit gegenüber dem Stalinismus hat fehlen lassen, um die Ecke zu bringen.

Außerdem wurden nach der neuesten Meldung, die dem Bulletin der russischen Linksoption aus Moskau zukam, Ende November verbann:

Der Volkskommissar für Versorgung (Ernährung) der RSPR Elsmont, der Leiter des Sowdortransportes Tolmatschew, der frühere Volkskommissar für Landwirtschaft A. Smilnow, Doosier und verschiedene andere verhaftet. Smilnow, Elsmont und Tolmatschew wurden beschuldigt, daß sie angeblich eine Troika gegründet haben, mit dem Ziel, eine Organisation zu schaffen zwecks Sturzes von Stalin. Elsmont soll ein Geständnis abgelegt und bezuget haben, daß Rykow und Tomski von der Existenz der «Troika» wußten.

Auch eine andere Gruppe, Nemschenko, Ginsburg und andere, wurden unter der gleichen Beschuldigung verhaftet.

Kamenew wurde nach Minussinsk (Sibirien) verbannt, Sinowjew nach Kustanay (Kasakstan), Sten nach Akmolinsk, Stepkow nach Tsuru. Rubin ist im Tscheljabinskter Isolator eingekerkert. Smilga wurde vorgeschlagen, Moskau zu verlassen.

Der Groll der Arbeitermassen in Rußland verbreitert, vertieft sich und richtet sich immer deutlicher gegen den Usurpator Stalin, gegen seine Politik gegen sein Regime. Die Gefahr, in die der Stalinismus Sowjetrußland gebracht hat, spitzt sich immer mehr zu. Glücklicherweise gewinnt die Linksoption an Boden, sie ist die einzige Kraft, die die Gefahr bannen kann: durch Rückführung der Partei zum Leninismus, was in sich begreift die Wiederherstellung der leninischen Parteidemokratie.

## Parteireinigung

Stalin kündigt für 1933 eine große Parteireinigung an. Durch diese «Reinigung» will Stalin dasselbe erreichen, was die Stalin-Bürokratie z. B. in der österreichischen KP durch die «Kaderfrage» betreibt: die Entfernung der erfahrenen Kommunisten, die die Stalinpolitik zu durchblicken begannen, um so die wacklige Position Stalins und seiner Bureaukraten zu halten. Da der Stalinismus nicht klassenbewußte Elemente in riesigen Massen in die Partei aufnimmt (die Mitgliederzahl am 1. April 1930 1.852.000, stieg bis zum 1. Juli 1932 auf 3.130.000), gleichzeitig aber die klassenbewußten, die ihm durch ihre Erfahrung gefährlich werden, immer wieder aus der Partei stößt, ersäuft er die klassenbewußten Elemente in der Masse der nichtklassenbewußten. So liquidiert er die Partei und damit den proletarischen Kopf der Sowjetdiktatur. Die Parteireinigung ist dringendste Notwendigkeit, aber die Reinigung der Partei vom Stalinismus, von der Stalinburokratie!

## Trotzkis Reise

Die Reise Trotzki hat die Stalinpresse weidlich zu Verleumdungen ausgenutzt. Die «Londoner RF» tut natürlich mit Trotzki hat die Bildung einer sozialdemokratischen Studentenvereingung angenommen und hielt in Kopenhagen einen ausgezeichneten wissenschaftlichen Vortrag über die Oktober-Revolution. Stalin setzte alles daran, das zu verhindern. Als dies mißlang, suchte er einen längeren Aufenthalt Trotzki's, der aus gesundheitlichen Gründen sehr notwendig gewesen wäre, zu hintertreiben. Zum Beispiel ließ Stalin dem kleinen Dänemark mit wirtschaftlichen Repressalien drohen, wenn Trotzki längerer Aufenthalt gewährt werden sollte. Die sozialdemokratische Regierung Dä-

emarks, über die Einheitsfront mit Stalin hoch erfreut, zwang Trotzki, Dänemark kurz nach dem Vortrag zu verlassen. Die Einladung, für eine Tonaufnahme zu sprechen, hat Trotzki mit Recht nicht abgelehnt. Was er sprach, jeder ehrliche proletarische Revolutionär unterschreibt es. Die Stalinpresse ist besonders wütend, daß Trotzki auf diese Weise zu Geld gekommen ist. Wir im Gegenteil bedauern sehr, daß Trotzki nicht das Tausendfache verdient hat, denn das würde der proletarischen Sache bestimmt zugute kommen.

**Arbeitslosigkeit — Kirchenvermögen**

Die Sozialdemokratie beklagt sich bitter über die Härten der Warenumsatzsteuer. Eine vierköpfige Familie zählt an Warenumsatzsteuer jährlich ca. 250 S! Aber die SP war es selbst, die mitgestimmt hat für die Verdoppelung dieser Steuer. Waren denn wirklich keine anderen Mittel da, um den Arbeitslosen zu helfen, mußte gerade diese Steuer erhöht werden, die auch der Arbeitslose, der Ausgesteuerte leisten muß? Was ist denn z. B. mit dem riesigen

**Kirchenvermögen?**

In Oesterreich besitzen vier Orden 148.000 Hektar Boden. Dazu kommen noch 2 Bierbrauereien, 1 Sägewerk, 1 Weinkellerei, 2 Schnapsbrennereien und 2 Holzindustrien, 3 Mühlen, 1 Viehmanstall, 1 Sanatorium und 3 Schlösser. Dazu kommen noch 33.319 Hektar der verschiedenen Bistümer. Das ist aber noch nicht alles. Da ist noch der Pfarrbesitz von 24.172 Hektar. Dazu kommt noch der Religionsfonds mit 63.582 Hektar. Dazu kommt noch der Haus- und Grundbesitz der Kirche in Wien, der gleichfalls ein beträchtliches ausmacht. Das ist aber nur ein Teil des Kirchenvermögens. Die Kirche ist noch an einer großen Anzahl von Betrieben beteiligt, sie ist wohl überhaupt der größte Aktien- und Wertpapierbesitzer in Oesterreich. Dazu kommen noch die Schätze der Kirche an Gold, Silber, Juwelen, Kunstschätzen usw., kurz, der Reichtum der Kirche in Oesterreich beträgt mindestens tausend Millionen Goldschilling. Und zu all dem kommt noch aus den Steuergrößen der Werkstätten die Kongrua. Und all das, dieses ungeheure Vermögen ist da, um der

**schwarzen Armee**

ein arbeitsfreies Dasein zu bieten. Es gibt in Oesterreich laut kirchenamtlicher Statistik (Freidenker Nr. 12):

4879 Weltpriester, 2555 Ordenspriester, 2430 Alumen und Seminaristen und noch 1830 Ordenspriester. Zusammen 11.703 Männer, dazu kommen noch 5930 Ordensbrüder in 256 Männerklöstern, 17.057 Klosterschwester in 1131 Niederlassungen. Insgesamt sind das 34.693 Personen.

Hier sind riesige Mittel, um gewaltige Investitionsarbeiten zu finanzieren, wie den Ausbau der Wasserkraft, die Elektrifizierung der Bahnen, Urbarmachung von Oedland, Straßenbau, Wohnungsbau usw. Mindestens 100.000 Arbeitslose könnten so für ein paar Jahre beschäftigt werden. Bei Einführung der Vierzigstunnenwoche mit Lohnausgleich käme mehr als die Hälfte der Arbeitslosen zurück in die Be-

riesige Grundbesitz der Kirche aber aufzuteilen auf Landarbeiter, landarme Bauern; so würden viele Zehntausende Arbeitsloser in den Dörfern zu Arbeit kommen.

Warum denkt die SP nicht daran, den Massenkampf zu mobilisieren für die entschuldigungslose Enteignung des Kirchenvermögens, warum stimmt sie lieber für die Verwertung aller Lebensmittel durch die Warenumsatzsteuer? Weil die SP die Koalition will mit den schwarzen Brüdern, mit den Christlichsozialen!

**„Prolet halt's Maul!“**

Am 9. d. hielt die SP in den Juliensälen in Graz eine Arbeitslosenversammlung ab, in der der große Kommunistenfresser Nationalrat Eben er den Vorsitz führte. Eingang der Versammlung verkündete Eben volle Redefreiheit. Nachdem die Referenten Stadtrat Lindner und Sekretär Matzner ihre Phrasen verdroschen hatten, wurde der Jungfrontist das Wort erteilt, aber keinen Kommunisten. Als einige Stalinisten Zwischenrufe machten, schrie der Bonze Matzner herunter: «Halt's das Maul!» Die Worte Matzners waren das Signal für einige Kuli und schon ging die Schlägerei los. Die Erbitterung der Arbeiter war groß. Die sozialdemokratischen Arbeiter hätten sich von den Bonzen nicht so hinführen lassen sollen. Richtig wäre es gewesen, die drei Jungfrontler auszusprechen zu lassen. Hätte Genosse Marchel dann das Wort nicht bekommen — und die Bonzen hätten es ihm auch dann nicht gegeben — so wäre es noch immer Zeit genug gewesen, aufzuzeigen, daß die Bonzen Angst haben vor den kommunistischen Argumenten.

**Arbeiterkulturbund „Spartakus“**

Sitz XVI, Hasnerstraße 50, Gasthaus Kraus Bildungsabend, Dienstag, 27. d. M., im Gasthaus Aumann, XVI, Hasnerstraße 46, 19.30 Uhr (Fortsetzung am Montag, 9. Jänner).

1. Jänner: Zusammenkunft Endstation Stadtbahn Hütteldorf, 14 Uhr. Treffpunkt 15.30 Uhr Kieglerbühne.

8. Jänner: Zusammenkunft Endstation Pötzelsdorf, 14 Uhr. Treffpunkt 15.30 Uhr Rohrbühne.

So aber sind die Stalinisten vor den sozialdemokratischen Arbeitern als Radaumacher dastanden. Die Polizei schloß im Auftrag der Bonzen die Versammlung.

Ein sozialdemokratischer Arbeiter.

**Ein Hüter des Gesetzes**

Herrn Revierinspektor Nr. 118 sollte die Grazer Polizeidirektion beurlauben und auf die Nervenklinik schicken. Eines Morgens scheint der Herr sehr schlecht geschlafen zu haben, denn er kam fuchsteufelswild aus der Finanz heraus und schrie: «Meine Herren, da gib' es kein Kolportieren, geht auf die Straße hinüber!» Unser Kolporteur entgegnete, daß er ja im Graben stehe, der ja zur Straße gehört. «Aber vor der Einfahrt stehen Sie und da können die Leute nicht herein!» schrie Nr. 118. Als ein anderer Kolporteur ihn aufmerksam machte, daß die Leute auf dem Gehsteig daherkommen, da den Arbeitslosen zur Benützung der Einfahrt das Auto fehlt, die Kolporteur also nicht im Wege sind, wurde Nr. 118 wild und brüllte unseren Genossen an: «Sie, kommen Sie herein, ich werde Sie anzeigen!» Unser Kolporteur erwiderte, daß nichts Gesetzwidriges geschehen sei, was gegen das Kolportagegesetz verstoße. Nr. 118, dieser feine Hüter des Gesetzes, bemerkte darauf: «Halten Sie das Maul! Was kümmert mich das Kolportagegesetz. Sie werden hier nimmer lange stehen!

Schauen Sie, daß Sie verschwinden!» Wir empfehlen der Polizeidirektion, dem Herrn Nr. 118 bessere Manieren beizubringen und dafür zu sorgen, daß die Beamten sich über ihre eigenen Gesetze nicht hinwegsetzen. Ein Arbeitsloser.

**Christliche Nächstenliebe**

Herr Thomas Pumpernik, Klosterhausmeister und pensionierter Oberheizmeister der Bundesbahn, Graz-Eggenberg, Alte Poststraße 104 (Leopoldinum) ist ein fanatischer Christlichsozialer und mit seinem Baß ein ausgezeichnete Chorsänger. Er kann auch vorzüglich, wenn der Mond nicht zu viel scheint, sozialdemokratische und kommunistische Plakate herunterreißen und bekommt dafür, vom Pfarrer und der Oberin einen Fleißzettel und das will auch was gesagt sein. Neben all diesen guten Eigenschaften verstand er es auch, seinen arbeitslosen Sohn, er hat 9 S Unterstützung und ist seit 1929 ausgesteuert und hat für ein Kind zu sorgen, stellt also vor dem Nichts, in den schweren Wintermonaten auf die Straße zu stellen. Das alles nur, weil seine zweite Ehegossin ihre Stiefkinder los sein will und in ihrer unersättlichen Habgier nicht genug bekommen kann. Dafür geht sie alle Tage in die Kirche. Sie übt sich in christlichsozialer Nächstenliebe. Ein Arbeiter.

**Sowjetwirtschaft in Gefahr!**

**Dor dem zweiten Fünfjahresplan**  
Von L. Trotzki

**Die vorläufigen Ergebnisse des ersten Fünfjahresplanes**

Von einer wirklichen Erfüllung des Fünfjahresplanes in vier Jahren (genauer: in vier Jahren und drei Monaten) kann jetzt auch nicht die Rede sein. Die wütendste Antreiberei im Laufe der letzten beiden Monate hatte auf die allgemeinen Ergebnisse schon keinen Einfluß mehr. Den tatsächlichen, das heißt ökonomisch abgewogenen Prozentsatz der Erfüllung des ursprünglichen Programms festzustellen ist vorläufig noch nicht möglich. Die in der Presse veröffentlichten Zahlen haben eher eine formalstatistische als wirtschaftlich-buchhalterische Bedeutung. Wenn die Errichtung einer neuen Fabrik bis auf 90 Prozent gediehen ist, dann aber angesichts ungenügender Materialmängel die Arbeit eingestellt wird, so kann man von einem formalstatistischen Standpunkt aus 90 Prozent des Planes als ausgeführt buchen. Vom ökonomischen Standpunkt aus jedoch müssen die gemachten Aufwendungen einfach auf die Verlustseite eingetragen werden. Die Abrechnung über die wirkliche Effektivität (die zutragende Wirkung) der errichteten und zu errichtenden Unternehmungen vom Standpunkt einer allgemein-staatswirtschaftlichen Bilanz aus liegt noch völlig in der Zukunft. Aber auch vom Standpunkt der Feststellung der bloßen Menge sind die Resultate, so bedeutend sie an sich sein mögen, sehr weit von den Vorausbestimmungen des Planes entfernt.

Die Ausbeute an Kohle hält sich zurzeit auf der Höhe des vergangenen Jahres, erreichte infolgedessen bei weitem nicht die Planziffer des dritten Jahres des Fünfjahresplanes. «Das Donbassin schleppt sich im Schwanz der rückständigsten Teile der Sowjetindustrie dahin», klagt die «Prawda». «Die Spannung der Bilanz der Heizstoffe nimmt zu» wiederholt die «Für die Industrialisierung» (8. Oktober).

Im Jahre 1931 wurden 4.9 Millionen Tonnen Gußeisen erzeugt anstatt der im Plan vorgesehenen 7.9 Millionen; 5.3 Millionen Tonnen Stahl anstatt 8.8 Millionen; endlich 4 Millionen Tonnen Walzeisen anstatt 6.7 Millionen. Das bedeutete einen Niedergang im Vergleich zum Jahre 1930: bei Gußeisen — um 2 Prozent, bei Stahl — um 6 Prozent, bei Walzeisen — um 10 Prozent.

In neun Monaten des Jahres 1932 wurden produziert 4½ Millionen Tonnen Gußeisen, 4.1 Millionen Tonnen Stahl, 3½ Millionen Tonnen Walzeisen. Bei einer bedeutenden Erhöhung der Produktion von Gußeisen (neue Hochofen!) steht die Erzeugung von Stahl und Walzeisen im laufenden Jahre annähernd auf dem Niveau des vergangenen Jahres. Vom Standpunkt der allgemeinen Aufgaben der Industrialisierung aus ist natürlich nicht das rohe Gußeisen entscheidend, sondern Walzeisen und Stahl.

Neben diesen mengenmäßigen Resultaten, welche die «Ökonomischeskaja schina» als «himmlisch-reinende Durchbrüche» charakterisiert, stehen die sehr ungünstigen und in ihren Folgen weit gefährlicheren qualitativen Durchbrüche. Der speziellen wirtschaftlichen Presse folgend, erkennt die «Prawda» offen an, daß in der Schwerindustrie es um die qualitativen Indexfiguren unzulässigermaßen steht. «Der Ausschub frßt den hochwertigen Stahl auf» — «Kraß verschlechtert haben sich die technischen Koeffizienten der Ausnutzung der Einrichtung.» Es genügen zwei Zahlen: Die Tonne Gußeisen stellte sich im Jahre 1931 auf 35 Rubel; in der ersten Hälfte des laufenden Jahres — auf 60 Rubel.

An Kupfer wurden in den Jahren 1929—30 47.000 Tonnen ausgeschmolzen; im Jahre 1931

48.000, ein Drittel der vom Plan bestimmten Aufgabe. Im laufenden Jahre wurde der Plan auf 90.000 Tonne herabgesetzt, aber in acht Monaten sind weniger als 30.000 Tonnen ausgeschmolzen worden. Was das für den Maschinenbau im allgemeinen, für den Bau elektrischer Maschinen im besonderen bedeutet, bedarf keiner Erläuterung.

Auf dem Gebiete der Elektrifizierung zeigt sich bei allen ihren Erfolgen ein bedeutendes Zurückbleiben: Die Kraftstationen gaben im August 71 Prozent der Energie, die sie geben sollten. «Für die Industrialisierung» schreibt von einer «stümperhaften und analphabetischen, kulturlosen Ausnutzung der erbauten Stationen». In Hinsicht auf die Kraftwirtschaft drohen im Winter große Schwierigkeiten. In den Leningrader und Moskauer Bezirken haben sie schon begonnen.

Die verarbeitende Industrie, die im vergangenen Jahre gegenüber dem Plan stark zurückgeblieben war, wuchs in der ersten Hälfte des laufenden Jahres um 16 Prozent, fiel jedoch im 3. Quartal unter die Position des vergangenen Jahres. Die Lebensmittelindustrie steht auf dem letzten Platz. Die von den Betrieben der Schwerindustrie erzielte zusätzliche Warenproduktion für den Massenkonsum beträgt für acht Monate nur 35 Prozent des Jahresplanes. Welcher Teil von dieser in Eile improvisierten Waremenge in Wirklichkeit den Bedürfnissen des Marktes entspricht, entzieht sich einstweilen jeder Kontrolle.

Die Fabriken erhalten ihre Kohle und ihr Rohmaterial mit Hilfe von Blitzelegrammen. Die Industrie sitzt, nach dem Ausdruck der «Ökonomischeskaja schina», «auf Blitzen». Aber auch Blitze können nicht geben, was nicht vorhanden ist.

Die eilige Förderung und schlechte Sortierung der Kohle beeinträchtigt die Arbeit der Koksbetriebe. Der erhöhte Gehalt des Kokes an Feuchtigkeit und Asche senkt nicht nur die Quantität der hergestellten Metalle um Millionen Tonnen, sondern setzt auch ihre Qualität herab. Maschinen aus schlechten Metallen geben ein schlechtes Erzeugnis, verursachen Stilllegungen im Betrieb, die die Arbeitskraft lähmen und nutzen sich rasch ab.

Wie die Zeitungen im Ural mitteilen, leiden die Hochofen an Malariafieber. Infolge ungleichmäßiger Beschickung mit Heizmaterial setzen sie 3 bis 20 Tage aus. Eine im höchsten Grade krasse Einzelheit: Die metallurgischen Betriebe des Urals hatten zur Anfuhr des Heizmaterials ihre eigenen Pferdepark; im Februar dieses Jahres zählte er 27.000 Pferde, im Juli fiel die Zahl auf 14.000; im September auf 3000. Grund: Futtermangel.

Der Zustand der Stalingrader Traktorenfabrik in der die lahmesmenge an Guß von 250 auf 140 Tonnen fiel, wird von der «Prawda» mit folgenden Strichen charakterisiert: «Als Folge des Mangels an einer elementaren ständigt. technischen Berufsbildung hat sich die Lernkurve . . . überaus stark abgenutzt.» «Der Ausschub erhöhte sich bis zu 35 Prozent.» «Der Schutz hat sich in allen Mechanismen des Betriebes festgesetzt.» «In der Gießerei sorgt man sich nicht um den morgigen Tag.» «Handwerksarbeit ist in die Arbeit am laufenden Band eingedrungen.»

Warum senkt die Industrie farbiger Metalle bei kolossalen Investitionen die Produktion? «Weiß», antwortet die «Prawda», «die einzelnen Betriebsabteilungen in ihren Leistungen einander nicht entsprechen.» Dabei ist das Problem des richtigen Verhältnisses zwischen den Betriebsabteilungen durch die kapitalistische Technik gelöst. Wie viel verwickelter und schwieriger ist die Frage der Beziehungen zwischen selbst-

ständigen Unternehmungen und ganzen Industriezweigen!

«Die Podolsker Zementfabrik ist schwer krank», schreibt «Für die Industrialisierung». «Im ersten Halbjahr wurde das Produktionsbauprogramm ungefähr zu 60 Prozent erfüllt, in den letzten Monaten fiel die Durchfühung bis auf 40 Prozent. . . Die Selbstkosten sind zweimal höher als nach dem Plan.» In verschiedenem Grade treffen die angeführten Charakteristiken auf die ganze jetzige Industrie zu.

**Quantität und Qualität**

Das administrative Gejage nach der Quantität führt zur schrecklichsten Herabsetzung der Qualität; die niedrige Qualität unterwirft im folgenden Stadium den Kampf um die Quantität; die Kosten der im ökonomischen Sinne rationalen «Erfolge» sind gewöhnlich um vielmal größer als diese Erfolge selbst. Diese Dialektik kennt jetzt jeder entwickelte Arbeiter, nicht aus den Büchern der kommunistischen Akademie (so weh, ebenfalls eine schlechte Produktion), sondern aus der Praxis der eigenen Schächte, Fabriken, Eisenbahnen, Kraftstationen usw.

Die Folgen des Gejages haben sich völlig auch auf das Unterrichtswesen übertragen. Die «Prawda» ist gezwungen, anzuerkennen: «Indem sie das Niveau der Ausbildung herabsetzt, einzelne Lehrfächer ausließen oder sie nach Art von «Kavallerieattacken» durchließen, haben die technischen Hochschulen, welche diesen Weg gingen, der Industrie keinen Nutzen gebracht, sondern Schaden.» Wer aber hat denn an diesen «Kavallerieattacken» auf den technischen Hochschulen schuld?

Wenn den offiziellen Angaben der die Qualität berücksichtigende, zusätzliche Koeffizient hinzugefügt wird, so erfahren die Indexzahlen der Durchführung des Plans sofort die gewaltigste Senkung. Das war auch Kubischew vor mehr als einem Jahre gezwungen, anzuerkennen. «Die Zahlen des gewählten Anwachses der Industrie bleiben relativ», — erklärte er vorsichtig auf einer Sitzung des Obersten Volkswirtschaftsrates —, «wenn man die qualitativen Veränderungen in Betracht zieht.» Weit deutlicher drückte sich Rakowsky aus: «Ohne Berechnung der Qualität der Produktion stellen die mengenmäßigen Indexzahlen eine statistische Einbildung dar.»

**Der Kapitalaufbau**

Rakowsky machte vor reichlich zwei Jahren auf die Kräfte übersteigende Ausdehnung des Planes aufmerksam. «Weder die durch den Plan vorgesehene Zunahme der Produktion», — schrieb er —, «noch der vorgesehene Plan des Kapitalaufbaus waren vorbereitet. . . die ganze vorausgesehene Politik im Bereich der Industrie lief im wesentlichen auf eine erhöhte Ausnutzung des alten Grundkapitals hinaus. . . ohne die geringste Sorge um den folgenden Tag.» Der Versuch, versäumt mit einem Sprung einzuholen, ist am allerwenigsten fatal auf dem Gebiet des Kapitalaufbaues. Die zur Ausführung des Plans notwendigen Hilfsquellen ergibt es im Lande nicht und wird es in der nächsten Zeit nicht geben. Daraus entspringt die Warnung: «Der Plan des Kapitalaufbaues wird in erheblichem Grade scheitern.»

Und diese Vorhersage hat sich vollständig bewahrheitet. Im Bauwesen war ein besonders starkes Zurückbleiben schon im Jahre 1931 bemerkbar. In diesem Jahr hat es noch mehr zugenommen. Im Transportwesen wurde das Bauprogramm nach eigener Schätzung des Ressorts, zu 38 Prozent erfüllt. Auf anderen Gebieten steht es nach allgemeiner Regel mit dem Bauwesen noch ungünstiger; am schlechtesten — auf dem Gebiet des Wohnungsbau. Die Hilfsquellen an Baumaterialien und Geld sind auf zu zahlreiche Baubjekte verteilt, was einen geringen Nutzeffekt der Aufwendungen bedingt.

In den Kupferwerken von Bakhaschk sind 65 Millionen Rubel verausgabt worden, die Ausgaben wachsen von Tag zu Tag weiter an — faktisch ins Bodenlose: zur Weiterführung der Arbeiten hätten im Laufe des Jahres 300.000 Tonnen an Frachten bewältigt werden müssen, während die zur Verfügung stehenden Transportmittel nur 20.000 Tonnen ermöglichen. Beispiel ähnlicher, wenn auch nicht soch krasser Art, gibt es reichlich viel.

(Fortsetzung folgt)

**Aus der Onnesition**

**Bildungsabend.** Dienstag, 27. d. M., im Gasthaus Aumann, XVI, Hasnerstraße 46, 19.30 Uhr (Fortsetzung Montag, 9. Jänner).

**Bezirksorganisation XII.V.** Jeden Freitag abends: Gasthaus Kirchner, XII, Rosaliagasse Nr. 11

**Bezirksorganisation XVI.** Jeden Freitag abends: Gasthaus Kraus, XVI, Hasnerstraße 50.

**Bezirksorganisation XVIII.** Jeden Donnerstag, 8 Uhr, im bekannten Lokal

**Bezirksorganisation XX.** Jeden Dienstag um halb 8 Uhr im vereinbarten Lokal

**Bezirksorganisation XXI.** Jeden Freitag abends im Gasthaus Renda, XXI, Brünnerstraße 51

**Bezirksorganisation Graz:** Auskünfte, Zuschriften an die «Arbeiter-Stimme» werden entgegengenommen jeden Donnerstag, 7 bis 8 Uhr abends, im Kommunekeller Eggenberg, Rochelgasse 52

Eigentümer Kommunistische Partei Oesterreichs (Linksopposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII, Schönbrunnerstraße 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Stipschitsch, Wien, XVI, Sautergasse 27. — Druck: «Iava», Wien VI!